

Brüsseler Agrarbürokratie im Wandel

Kommission drängt auf Dominanz im Ausschusswesen - Parlament pocht auf mehr Mitspracherechte - Alleingänge der Kommission verhindern - Abstimmung im Europaparlament Ende September erwartet

BRÜSSEL. Obwohl der Lissabon-Vertrag bereits am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, sind darin für die Landwirtschaft wichtige Bestimmungen noch nicht umgesetzt. Das gilt nicht zuletzt für die Reform des Brüsseler Ausschusswesens, dessen verschiedene Spielregeln derzeit im sogenannten Komitologie-Verfahren festgelegt sind. Zu nennen sind hier zum einen die Verwaltungsausschüsse, in denen über Markteingriffe wie den An- und Verkauf von Butter und Getreide oder auch die Vergabe von Exportlizenzen entschieden wird. Auf dem Papier sind die sektorspezifischen Gremien mit dem Health Check der Agrarpolitik durch einen einzigen Verwaltungsausschuss für die Gemeinsame Organisation der Agrarmärkte ersetzt worden. Von politischem Stellenwert sind die Brüsseler Ausschüsse für Fragen rund um Direktzahlungen und ländliche Entwicklung. Hier geben diese Gremien mit ihren Vertretern aus den Mitgliedstaaten Stellungnahmen ab und treffen Festlegungen. In der Verbraucher- und Gesundheitspolitik gilt Ähnliches in Bezug auf den Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette. Die EU-Kommission drängt nun darauf, in den Brüsseler Regelungsausschüssen ihren Einfluss zu stärken, während die Mitgliedstaaten an Boden verlieren sollen. Dies ist aufgrund eines von der Kommission angestrebten „Prüfverfahrens“ anzunehmen, mit dem die Abläufe in den Regelungs- und Verwaltungsausschüssen angeglichen werden sollen (AGRA-EUROPE 17/10, EUROPA-NACHRICHTEN 1).

Mayer: Zeitrahmen für Umsetzung klar abstecken

Mit dem Lissabon-Vertrag wurde das Komitologie-Verfahren in seiner jetzt noch bestehenden Form abgeschafft. In den aber auch künftig weiterhin bestehenden Ausschüssen will das Europaparlament als aufstrebende Kraft im Brüsseler Machtgefüge ebenso wie die Mitgliedstaaten Mitspracherechte sichern. So geht es beispielsweise dem CDU-

Europaabgeordneten Prof. Hans-Peter M a y e r aus Niedersachsen darum, dass sich die Kommission bereits im Vorfeld von Gesetzesvorschlägen um informelle Gespräche mit den jeweiligen Fachausschüssen des Parlamentes bemüht. Außerdem hat er eine schnellstmögliche Anpassung des bestehenden Gesetzeswerkes, dem „acquis communautaire“, an die neuen Spielregeln des Lissabon-Vertrags gefordert. Dazu soll es laut Mayers Dafürhalten einen fest vorgegebenen Zeitraum geben. Das hält er insbesondere im Agrarsektor für wichtig, da erst durch den Vertrag von Lissabon dieser Bereich voll in die Einflussphäre des Parlaments gekommen ist.

Abgeordnete wollen teilnehmen

Im Hinblick auf die Befugnisse der Kommission fordert Mayer einen gleichwertigen Zugang von Ministerrat und Europaparlament zu allen Informationen über die zu erlassenden Durchführungsrechtsakte. Dies verlangt auch der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Parlaments (IMCO), der zudem fordert, dass Abgeordnete an den Sitzungen der Komitologie-Ausschüsse teilnehmen dürfen. Mayer spricht sich außerdem für die Beibehaltung des Kontrollrechtes des Europaparlaments zu Durchführungsrechtsakten aus, um mögliche Alleingänge der Kommission zu verhindern. An Fahrt gewinnen wird die Debatte um die Zukunft des Brüsseler Ausschusswesens im September, wenn im Plenum eine Abstimmung zu Bestandteilen der Komitologie-Reform erwartet wird. Dann soll es um den Kommissionsvorschlag zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze gehen, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung von Durchführungsbefugnissen durch die EU-Kommission kontrollieren. AgE